

IN KÜRZE

Musik zu laut: Mann greift mit Hammer an

Bremen. Mit Pfefferspray und einem Hammer hat ein 64-Jähriger in Bremen seinen Nachbarn attackiert und ihn schwer verletzt. Wie die Polizei gestern mitteilte, hörte der 45 Jahre alte Mann am Nachmittag in seiner Wohnung im Stadtteil Neustadt Musik, als ihn sein älterer Nachbar zur Ruhe ermahnte. Der zunächst verbale Streit sei dann soweit eskaliert, dass der 64-Jährige vom Balkon aus Reizgas gegen seinen Nachbarn eingesetzt und diesem dann im Hausflur mit einem Hammer auf den Kopf geschlagen habe. Der 45-Jährige wurde bei dem Vorfall am Sonnabendnachmittag schwer verletzt und musste in eine Klinik gebracht werden. Der Angreifer wurde vorläufig festgenommen.

Zusammenstoß mit Oldtimer: Zwei Tote

Lüneburg. Bei einem Frontalzusammenstoß auf der Bundesstraße 4 bei Grünhagen (Landkreis Celle) sind zwei Insassen eines Oldtimers ums Leben gekommen. Ein 61 Jahre alter Mann sei am Sonntagnachmittag aus noch ungeklärter Ursache mit seinem Auto in den Gegenverkehr geraten und dort mit dem Oldtimer zusammengeprallt, teilte die Polizei mit. Das darin sitzende Ehepaar – 77 und 78 Jahre alt – starb noch am Unfallort. Der 61-Jährige und seine Beifahrerin erlitten leichte Verletzungen.

Biker fährt auf Hinterrad in den Tod

Emden. Ein 30 Jahre alter Motorradfahrer ist gestern in Emden tödlich verletzt worden. Kurz vor dem Unfall war eine Streife auf ihn aufmerksam geworden, weil er deutlich zu schnell und nur auf dem Hinterrad fahrend unterwegs war. Die Aufforderung zum Anhalten ignorierte der Fahrer. Er verlor dann aus unbekannter Ursache auf einer Brücke die Kontrolle, stürzte und rutschte mehrere Meter über den Fußgängerweg, bevor er gegen einen Betonpfosten prallte und starb.

Wolf stirbt bei Kollision mit Auto

Celle. Auf einer Kreisstraße bei Celle ist ein Wolf von einem Auto angefahren und getötet worden. Es handle sich zweifelsfrei um einen Wolf – dies habe man bereits festgestellt, sagte eine Sprecherin der Polizei. Das Tier sei am Sonntagmittag zwischen Hustedt und Wittbeck auf die Straße gelaufen und dort von einem Fahrzeug erfasst worden. Ein Wolfsbeauftragter habe den Tierkadaver für weitere Untersuchungen mitgenommen, hieß es. Der Autofahrer blieb unverletzt.



Die Bundesregierung plant, die Umsatzsteuerfreiheit für allgemeine Weiterbildung aufzuheben.

FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

Volkshochschulen fürchten Preisaufschlag

Ab 2021 sollen VHS-Kurse strenger besteuert werden. Dagegen regt sich Protest in Niedersachsen. Ein Schlag gegen die Erwachsenenbildung, finden Fachleute.

Von Michael B. Berger

Hannover. Niedersachsens Volkshochschulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen sind beunruhigt. Sie fürchten, dass künftig viele Kurse wesentlich teurer werden. Der Grund ist eine Steueränderung, die das Bundeskabinett bereits gebilligt hat. Viele Bildungsangebote wären dann nicht mehr von der Umsatzsteuer befreit. „Wenn das so kommt, wäre das ein Schlag gegen die gesamte Erwachsenenbildung in Niedersachsen“, sagt Berbel Unruh vom Landesverband der Volkshochschulen in Niedersachsen.

Ältere fallen herunter

Bislang waren vielfältige Bildungsangebote von der Umsatzsteuer befreit wie etwa Computerkurse für Senioren oder auch Integrationskurse. Künftig sollen nur noch diejenigen Bildungsangebote von der Steuer befreit werden, die direkt mit dem Beruf der Kurssteilnehmer zu tun haben. Die neue Steuerregelung, die das Bundeskabinett bereits im Juli beschlossen hat, ist in einem Paket enthalten, das die Förderung

der Elektromobilität beschreibt. „Wir sind schon auf allen Ebenen dagegen aktiv geworden“, sagt Gerhard Wegner vom Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung: „Das ist doch ein Unding, dass beispielsweise die ganze Gruppe der Älteren aus dieser Steuerbefreiung herausfallen soll.“

Natürlich gebe es Bereiche, die auch jetzt schon der Steuerpflicht unterliegen, erläutern Wegner und Berbel Unruh. „Wenn eine Volkshochschule einen Tanzkurs macht oder zu einer Whiskey-Probe einlädt, dann ist die Besteuerung völlig richtig – und leuchtet ein.“ Doch anders sei es bei Kursen bestellt, die etwa Senioren ertüchtigen, im medialen Wandel mitzuhalten. „Es muss doch einen gewissen Spielraum geben.“

Die Volkshochschulen haben bereits Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) angeschrieben. Der kann zwar die Sorgen der Bildungsträger nachvollziehen, findet aber den Gesetzentwurf aus Berlin konsequent. Schließlich setze er im wesentlichen europäisches Recht um. „Es steckt kein Ein-

nahmeziel des Staates dahinter“, betont Hilbers. Das Gesetz schaffe lediglich Klarheit, die bislang nicht vorhanden war. Über die berufliche Weiterbildung gewerblicher Anbieter müsse man noch reden, sagt der Minister. Tatsächlich seien schon heute nicht längst alle Kurse von der Umsatzsteuer befreit, vor allem diejenigen nicht, die der Freizeitgestaltung dienen, betont der Minister. „Ein Kursus ‚kochen ohne Salz‘, braucht keine Steuerbefreiung, für Junge nicht und nicht für Alte.“

Kurse bis zu 25 Prozent teurer?

Die Volkshochschulen argumentieren, dass der Staat mit der Steuererhöhung seine eigenen Ziele konterkarriere, etwa im Feld der politischen Bildung oder der gesellschaftlichen Teilhabe. Hier leisteten die

Volkshochschulen wichtige Arbeit. Und gerade bei einer sich ständig im Wandel befindlichen Arbeitswelt vermittelten die Volkshochschulen Schlüsselqualifikationen, argumentiert Berbel Unruh. Werde der Passus der „unmittelbaren beruflichen Verwertbarkeit“ zu eng gefasst, wie jetzt geschehen, würden ganze Bevölkerungsgruppen wie Rentner und Behinderte ausgegrenzt. „Manchen wird der Zugang zur Weiterbildung sogar unmöglich gemacht – das kann doch nicht sein.“

Gerhard Wegner schätzt, dass manche Bildungseinrichtungen die Preise für Kurse um bis zu 25 Prozent erhöhen müssten, zumal ein erheblicher Verwaltungsaufwand auf die Einrichtungen zukäme. „Viele, die nicht gut situiert sind, fallen dann herunter.“

CDU verliert Hochburg Duderstadt

Thorsten Feike (FDP) ist neuer Bürgermeister

Duderstadt. Sieben Jahrzehnte lang war die CDU in Duderstadt die dominierende politische Kraft – seit gestern ist damit Schluss: Thorsten Feike ist neuer Bürgermeister der Stadt im Eichsfeld. Der FDP-Kandidat erhielt bei der gestrigen Stichwahl 69,26 Prozent der Stimmen. Sein Kontrahent von der CDU, Stefan Koch, kam auf 30,74 Prozent.

Feike hatte vor zwei Wochen im ersten Wahlgang überraschend die meisten Stimmen bekommen. Die Wahlbeteiligung lag bei der Wahl am 1. September bei 53,1 Prozent. Zur Stichwahl gingen mit 51,9 Prozent diesmal etwas weniger Menschen zur Urne.

Die Bürgermeisterwahl ist nötig, weil Amtsinhaber Wolfgang Nolte (CDU) Ende Oktober in Ruhestand geht. Er ist seit 2001 Bürgermeister seiner Geburtsstadt, davor war er seit 1988 Stadtdirektor der rund 21000 Einwohner zählenden Kommune. Der neue Bürgermeister wird auf sieben Jahre gewählt und tritt seinen Posten am 1. November an.

Feike ist Regionaldirektor eines Geldinstituts und bereits seit vielen Jahren in der Duderstädter Kommunalpolitik aktiv. Der 46-jährige erhielt im ersten Wahlgang 34,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und landete damit knapp vor dem CDU-Kandidaten Stefan Koch. Der 53-jährige Journalist, der als Korrespondent des zur Madsack Mediengruppe gehörenden Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) tätig ist, kam auf einen Stimmenanteil von 33,33 Prozent, für den SPD-Bewerber Matthias Schwenke stimmten 27,6 Prozent der Wähler. Da kein Kandidat eine absolute Mehrheit errungen hatte, mussten die beiden Erstplatzierten Feike und Koch gestern in der Stichwahl gegeneinander antreten. *pid*



Thorsten Feike

„Das nächste Jahrzehnt muss das der Elektromobilität werden“

Weil begrüßt Klimaschutz-Vorschläge von Bundesverkehrsminister Scheuer / Althusmann: Werden bald Regionales Schülerticket vorlegen

Von Michael B. Berger

Hannover/Berlin. Am 20. September soll der Plan der großen Koalition in Berlin für mehr Klimaschutz stehen. Für den Verkehrssektor gibt es verschiedene Vorschläge, auch Niedersachsen will mehr umweltfreundliche Mobilität. „Alle Maßnahmen, die insbesondere Pendler dazu motivieren können, umweltfreundlichere Verkehrsmittel zu stärken, werden begrüßt“, heißt es aus der Staatskanzlei in Hannover zur aktuellen Klimadebatte im Bund.

„Ohne eine Verkehrswende kann Klimaschutz in Deutschland nicht gelingen. Vor diesem Hintergrund kommen die Vorschläge des Verkehrsministers spät, sie gehen aber alles in allem in die richtige Richtung“, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) gegenüber der HAZ. Das gelte insbesondere für den Umbau in der Autoindustrie. Das nächste Jahrzehnt müsse das Jahrzehnt der Elektromobilität werden, und dafür sei eine starke staatliche Begleitung unverzichtbar, so Weil. „Das gilt für

den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur ebenso wie für Kaufprämien, vor allem für Menschen mit einem kleinen Geldbeutel. Klimaschutz darf kein Privileg der Besserverdienenden werden.“

Bei dem Umstieg auf die Schiene rächen sich nach Ansicht Weils jahrelange Versäumnisse in der Verkehrspolitik, die zu einem hohen Nachholbedarf vor allem in der Infrastruktur geführt hätten. „Günstige Preisangebote sind deswegen richtig, möglichst schnell die unübersehbaren aktuellen Mängel zu beseitigen ist aber wahrscheinlich sogar noch wichtiger“, so Weil.

Auch der niedersächsische Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) begrüßt die Pläne von Bundesverkehrsminister Scheuer, verstärkt auf die Schiene und eine Verbesserung des Nahverkehrs zu setzen. „Den Ausbau des ÖPNV gerade auch im ländlichen Raum werden wir aber nicht ohne Weiteres als Land stemmen können. Auch für die Menschen im ländlichen Raum in allen Regionen Niedersachsens wollen wir bessere Verkehrsverbindungen.

Deshalb schaue ich nicht nur auf den Fernverkehr, sondern gerade den Nahverkehr, sagte Althusmann gegenüber der HAZ. „Wir werden in absehbarer Zeit ein Regionales Schülerticket vorlegen, was aufgrund der Vielfalt der Tarifverbände aber nicht gerade einfach ist.“

Zur Idee eines ÖPNV-Jahrestickets für 365 Euro, das den Wechsel zu Bus und Bahn fördern soll, erklärte die Staatskanzlei: „Dafür auch finanzielle Anreize zu setzen, ist vernünftig.“ Kosten und Nutzen einzelner Maßnahmen müssen allerdings genau betrachtet und bewertet werden. Neben dem reinen Fahrpreis spiele ein verbessertes Angebot eine Rolle. „Hier gibt es zum Teil noch erhebliche Nachholbedarfe in den Bereichen Infrastruktur sowie Fahrzeug- und Personalkapazitäten, die nur mittel- bis langfristig aufgelöst werden können.“

Der Maßnahmenplan für das geplante eigene Landes-Klimagesetz werde auf das weitere Vorgehen der Bundesregierung abgestimmt sein. „Niedersachsen blickt gespannt auf das Klimakabinett“, heißt es.

Augenzeugen statt Hörensagen.

Mit HAZ+ gibt es alle lokalen Nachrichten und Artikel. Das Abo kostet 2,49 Euro pro Woche und ist monatlich kündbar.

www.haz.de/+

HAZ+

NICHTS LIEGT NÄHER.